

Antrag

der Fraktion der SPD

Entwicklungspolitik in Afrika

Im Rahmen der Aktion „Ein Tag für Afrika – gemeinsam gegen den Hunger“ hat der Deutsche Bundestag im Januar 1985 die Bundesregierung verpflichtet, die Hungerkatastrophe in Afrika aktiv zu bekämpfen. Die erfolgte unmittelbare Katastrophenhilfe beseitigt jedoch nicht die eigentlichen Ursachen des Hungers. Ohne eine diese Ursachen überwindende Politik wird es immer wieder Hungerkatastrophen geben, immer größere in immer kleineren Abständen.

Die Krise der Weltwirtschaft und des Weltfinanzsystems hat Afrika besonders stark betroffen. Insbesondere in den Ländern südlich der Sahara geht das – ohnehin bescheidene – wirtschaftliche Wachstum pro Kopf zurück. Die Armut wird immer krasser. Ein Ende der Talfahrt ist nicht abzusehen. Dazu kommen die Folgen von Rassismus, Kolonialismus, Krieg und Unterdrückung. Weltpolitische Gegensätze werden auf dem Rücken der Afrikaner ausgetragen: Angola, Mocambique und Äthiopien sind Beispiele dafür.

Mit keinem anderen Kontinent ist Europa so eng verknüpft wie mit Afrika. Kein anderer ist so stark von europäischem Kolonialstreben und europäischen Wirtschaftsinteressen geprägt. Traditionelle Landwirtschaftsmuster sind weitgehend zerstört und auf den Bedarf der früheren Kolonialländer ausgerichtet. Die Verkehrswege orientieren sich immer noch an den Bedürfnissen der früheren kolonialen Wirtschaftsstrukturen. Die ländlichen Regionen und damit die Masse der Bevölkerung sind bis heute im Abseits geblieben. Die Zerstörung traditioneller Kulturen hat wirtschaftliche und politische Abhängigkeitsstrukturen verstärkt. Fast alle Staaten, die zur Kategorie der ärmsten Länder gehören, liegen in Afrika. Die Förderung von Großstrukturen in Industrie, Landwirtschaft und Energie hat sich überwiegend als verfehlt erwiesen. Investitionen in moderne, kapitalintensive Industriebetriebe hat zur Verdrängung handwerklicher und kleinindustrieller Gewerbeformen geführt. Die Abhängigkeit von importiertem Öl wurde verstärkt, während inländische Energiequellen vernachlässigt wurden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Aus all diesen Gründen fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. ein in sich geschlossenes Konzept ihrer Entwicklungspolitik in Afrika vorzulegen.

Diese Politik muß von dem Recht der afrikanischen Staaten und Völker ausgehen, ihren eigenen Weg der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu wählen. Hilfe dazu muß bedeuten, daß bei der Wiederherstellung oder Neuschaffung von Strukturen mitgearbeitet wird, die den Menschen das Überleben aus eigener Kraft ermöglichen;

2. mit unseren afrikanischen Partnern einen intensiven Politikdialog zu führen.

Dieser Dialog darf jedoch nicht einseitig geführt werden. Er sollte vielmehr ein gemeinsamer Lernprozeß auf dem Weg zu einer optimalen Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika sein. Hierzu müssen wir durch Anpassungsmaßnahmen und Abbau entwicklungshemmender Strukturen ebenso beitragen wie die afrikanischen Dialogpartner selbst. Dies kann nicht isoliert bilateral geschehen. Die zu treffenden Maßnahmen sind zwischen afrikanischen Partnern, bilateralen und multilateralen Institutionen abzustimmen. Das Lomé-Abkommen bietet dafür einen angemessenen Rahmen;

3. den Staaten, die zu den ärmeren Entwicklungsländern gehören, die öffentlichen Schulden zu erlassen und die Entwicklungszusammenarbeit mit ihnen zu steigern;

im Development Committee von Weltbank/IWF darauf hinzuwirken, daß die Entschuldung der Entwicklungsländer zu erträglichen wirtschaftlichen, sozialen und entwicklungspolitischen Bedingungen vollzogen werden kann;

sich für eine internationale Schuldenkonferenz einzusetzen, in der auch die Probleme der afrikanischen Schuldnerländer gründlich angegangen werden.

Nirgendwo ist das Verhältnis der Schulden zum Bruttosozialprodukt schlechter, der Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen größer als in Afrika. Bedienung und Tilgung von Schulden übersteigen inzwischen die den afrikanischen Staaten zukommenden Entwicklungshilfemittel und Hungerhilfen. Insbesondere die Länder südlich der Sahara sind kaum mehr in der Lage, ihre Schuldenlast zu tragen;

4. die Politik auf die Förderung des ländlichen Raums und der ärmeren Bevölkerungsschichten zu konzentrieren.

Die Kleinbauern müssen die Zielgruppe jeder Ernährungsstrategie sein. Märkte und Preise müssen Produktionsanreize bieten. Staatliche Dienstleistungssysteme und Selbsthilfeorganisationen müssen in die Lage versetzt werden, Versorgung, Vermarktung und Verteilung zu verbessern. Den Kleinbauern muß ein besserer Zugang zu Kreditfazilitäten

gewährt werden. Der fortschreitenden Bodenerosion und Verwüstung vor allem in den Sahel-Ländern muß Einhalt geboten werden. Armutbedingter Raubbau an der Natur sowie industrielle Übernutzung der Ressourcen sind zu verhindern.

Die ernährungspolitische Selbständigkeit vieler afrikanischer Staaten ist durch die einseitige Begünstigung der urbanen Zentren zu Lasten der Landwirtschaft durch die einseitige Bevorzugung der exportorientierten Agrarproduktion sowie durch die Bevölkerungsexplosion verlorengegangen. Dazu kommen kriegerrische Auseinandersetzungen, Flüchtlingsprobleme und Jahre der Dürre, die zusammen zu der jetzigen Ernährungskatastrophe in Afrika geführt haben. Nahrungsmittelhilfe kann nur als kurzfristige Behebung von Hungersnöten sinnvoll sein.

Die komplexen Ursachen der mangelhaften Nahrungsmittelproduktion und der ökologischen Schäden bedürfen sektorübergreifender Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung;

5. alles zu tun, damit keine Konflikte von außen nach Afrika hineingetragen oder von außen geschürt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß vielmehr die politischen Kräfte des Kontinents ermutigen, solche Konflikte selbst zu lösen. Insbesondere muß sie die Organisation für Afrikanische Einheit in ihrem Streben unterstützen, die friedensstiftende Kraft in Afrika zu sein und auf der Basis der bestehenden Grenzen die Weiterbildung der afrikanischen Nationen zu ermöglichen. Sie muß sich aktiv für den Abbau der Militarisierung in Afrika einsetzen. Die Konflikte in Afrika, oft genug nur aus dem Kontext der kolonialistischen Vergangenheit zu verstehen, dürfen nicht durch Intervention von außen angeheizt werden. Insbesondere die Einordnung der afrikanischen Staaten nach der Schablone des Ost-West-Konflikts hat gefährliche Krisen entstehen lassen und die Völker daran gehindert, ihre eigenen Entwicklungswege zu gehen;

6. in Ergänzung dieser Politik die Frontlinienstaaten in ihren im Rahmen von SADCC stattfindenden Bemühungen um wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Republik Südafrika und stärkere Zusammenarbeit untereinander verstärkt zu unterstützen.

Bonn, den 7. August 1985

Dr. Vogel und Fraktion

